Staatshass

Ist

Bürgerpflicht+

Von Leon Terre

Vorwort

Dieses Buch ist eine grobe Sammlung meiner politischen Gedanken und Ansichten. Hauptsächlich geht es um libertäre Philosophie und anarchokapitalistische Theorie. Wer sich damit schon auskennt, wird in diesem Buch nichts neues finden. Dieses Buch dient nicht dazu, neue Erkenntnisse zu liefern oder bestehende Theorie zu erweitern. Auch dient es nicht primär dazu, jemanden zu überzeugen: Es dient dazu, meine politischen Positionen verständlich zu machen, hauptsächlich für die, die sie nicht verstehen oder nachvollziehen können. In diesem Buch sind meistens keine Quellen enthalten, mit wenigen Ausnahmen wo ich es für besonders Sinnvoll hielt. Ich empfehle jedem, der sich durch dieses Buch für das Thema interessieren sollte, die Bücher zu lesen, welche im am Ende des Buches angebe, da diese das Thema deutlich ausführlicher und generell besser vorstellen als ich.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung 1

Warum Freiheit nicht verhandelbar ist 2

Die Rechte des Menschen 2

Steuern sind Raub 3

Die Tyrannei der Mehrheit 3

Warum Kapitalismus unbesiegbar ist 5

Fazit 6

Wie eine freie Gesellschaft aussieht 7

Freiwilligkeit an erster Stelle 7

Das Nichtaggressionsprinzip 8

Sicherheit und Recht ohne Gewaltmonopol 9

Sozialstaat ohne Staat 12

Warum Sozialismus und Kommunismus immer scheitern 14

Ein neues Gewaltmonopol verhindern 18

Freiheit, nicht Kapitalismus 19

Realpolitik 21

Die Notwendigkeit von Realismus 21

Liberales Waffenrecht 21

Der Nahostkonflikt 22

Wie viele Geschlechter gibt es? 23

Abtreibung und Libertarismus 24

Fremdenfeindlichkeit im Libertarismus 25

Abschließende Worte 26

Einleitung

Die Demokratie und der Staat gelten in der westlichen Welt als Inbegriff des Guten. Wer Demokratie ablehnt, muss zwangsläufig Diktatur und Tyrannei befürworten. Wer den Staat ablehnt, fordert Chaos und das Recht des Stärkeren. Doch all diese Annahmen sind falsch. Der Mensch hat gezeigt, dass friedliches Zusammenleben auch ohne zentrale Autorität möglich ist.

In diesem Buch werde ich für eine staatenlose Gesellschaft argumentieren: eine Gesellschaft, die auf freiwilligen Interaktionen zwischen Individuen beruht. Dafür beginne ich mit der ethischen Perspektive: Inwiefern ist eine solche Gesellschaft moralisch der staatlichen Ordnung überlegen?

Sobald ich meine Ablehnung des Staates ethisch begründet habe, werde ich darlegen, welche Alternative ich vorschlage, wie sie effizienter als der Staat ist und wie sie dem Individuum ermöglicht, in Freiheit zu leben und sich zu entfalten. Abschließend werde ich einige meiner realpolitischen Standpunkte darlegen, die sich auf die heutige politische Realität beziehen.

Eine Gesellschaft, in der Zwang nicht existiert, selbst wenn die Mehrheit es so will, ist eine wahrhaft freie Gesellschaft. Eine solche Ordnung wird unweigerlich zum Kapitalismus führen, und das ist etwas Gutes: denn nur ein System, das auf freiwilligem Austausch basiert, kann der Natur des Menschen gerecht werden und mit Freiheit vereinbar sein. Der Kapitalismus ist nicht nur die Ordnung, die dem Menschen historisch beispiellosen Wohlstand gebracht hat, er ist die einzige Gesellschaftsform, deren Erfolg sich historisch belegen lässt.

Warum Freiheit nicht verhandelbar ist

Die Rechte des Menschen

Ich glaube an Menschenrechte. Wenn Leute den Begriff „Menschenrechte“ hören, denken sie aber meist an etwas Falsches. Das, was viele unter „Menschenrechten“ verstehen, sind in Wahrheit Privilegien, welche vom Staat erteilt werden. Ich glaube aber, dass es Rechte gibt, welche jedem Menschen von Natur aus zustehen, und diese Rechte leiten sich alle aus der folgenden Tatsache ab: Jeder Mensch hat Eigentum über seinen eigenen Körper.

In einer ursprünglichen Welt ohne Zivilisation, wo der Mensch nackt hineingeboren wird, würde das noch deutlicher werden: Du hast das Recht, dich gegen jeden zu verteidigen, der dein Recht auf Körperliche Selbstbestimmung verletzen will, Zum Beispiel indem er dich tötet und dein Recht auf Leben verletzt, oder indem er dich Versklavt und dein Recht auf Freiheit verletzt. Du hättest die Aufgabe, dich um dein eigenes Überleben zu bemühen, indem du dafür arbeitest. Dafür hast du das Recht, die Ressourcen zu benutzen, welche zuvor noch keiner für sich beansprucht hat: diese sind dann dein Eigentum. All das baut auf einem zentralen Prinzip: Freiwilligkeit. Menschen haben sich schon immer freiwillig zusammengeschlossen und freiwillig zusammengearbeitet. Menschen haben auch schon immer freiwillige Tauschbeziehungen miteinander geführt. Seit der Einführung von Währung revolutionierte sich diesem System aber: Es gab Menschen eine einfache Möglichkeit, andere Menschen für das Verrichten von Arbeit zu belohnen.

Viele sind der Ansicht, Dinge wie Essen, Trinken und Wohnen seien Menschenrechte, welchem jedem Kostenlos zustehen sollten. Dabei übersehen sie einige wichtige Punkte: Essen *ist* kostenlos, wenn du es selbst jagst oder anbaust und selbst zubereitest. Wasser *ist* kostenlos, wenn du es selbst sammelst und säuberst. Auch Wohnen ist theoretisch kostenlos, wenn du selbst Materialen sammelst und mit ihnen deine Unterkunft baust (in der Praxis verhindert der Staat dies allerdings). Nun ist es aber so, dass andere Menschen diese Arbeit für dich machen. Fordert man nun, dass diese Dienstleistungen kostenlos für jeden sein sollten, fordert man im Grunde eins von zwei Dingen:

1. Andere Menschen müssen ohne Entschädigung für ihren Aufwand für dich arbeiten, oder
2. Du nimmst anderen Menschen unter Gewaltandrohung ihr Geld weg, um damit diese Dienstleistungen finanzieren. Somit ist es nicht wahrhaft kostenlos, die Kosten werden bloß auf völlig unbeteiligte Personen verlagert.

Nummer 1 verstößt gegen das Recht auf Freiheit, da es de facto einfach nur Sklaverei ist. Nummer 2 verstößt eindeutig gegen das Recht auf Eigentum, allerdings ist Nummer 2 auch die Realität, in welcher wir Leben. Der Staat verstößt in allen Aspekten gegen die Rechte des Menschen. Das werde ich nun genauer ausführen.

Steuern sind Raub

Stell dir folgendes Szenario vor: Person A, ein Unternehmer, und Person B wollen miteinander handeln. B erwirbt eine Dienstleistung von A und entschädigt ihn dafür mit Geld. So weit so gut. Nun kommt es zur Transaktion: Das Geld wechselt den Besitzer von Person B zu Person A, doch plötzlich kommt Person C, eine Person, welche keinerlei Verbindungen zu A und B hat, und nimmt sich einen Teil des Geldes gegen ihren Willen. Wenn sie sich weigern, drohen ihnen harte Strafen.

In jedem anderen Szenario wären sich wohl alle Menschen einig: Das ist nicht gerecht, das ist Raub. Doch wenn der Staat exakt das macht, dann drückt plötzlich jeder ein Auge zu. Einige argumentieren, der Staat würde davon ja sinnvolle Dinge finanzieren, von denen alle profitieren. Das ändert allerdings nichts an der Ethik der Sache: Der Räuber, der deine Kreditkarte unter Gewaltandrohung entwendet hat, könnte mit ihr den schönsten Brunnen, den du je gesehen hast in die Stadtmitte bauen. Es wäre dennoch Raub. Selbst wenn man Steuern befürwortet, muss man sich ultimativ eingestehen, dass sie Raub sind, auch wenn man der Ansicht ist, dieser Raub sei gerechtfertigt. Mir stellt sich dann aber die Frage: warum darf das nur der Staat? Warum wäre es illegal, wenn eine Privatperson eine andere Privatperson ausraubt und einen Teil des Geldes an bedürftige Spendet, während er den restlichen teil behält?

Das ganze Konzept von Steuern wird durch den Irrglauben aufrechterhalten, Privatpersonen seien nicht in der Lage, dieselben Dienstleistungen wie der Staat anzubieten, schon gar nicht in einer besseren Qualität. Diesen Glauben werde ich widerlegen, sobald ich zu meiner Alternative zum Staat komme. Zuerst halten wir fest: Die Art und Weise wie sich der Staat am Leben hält ist gewalttätig, räuberisch und verstößt gegen die Naturrechte des Menschen.

Die Tyrannei der Mehrheit

Staaten, welche von den meisten als „Frei“ bezeichnet werden, sind in der Regel demokratisch. Das basiert auf der Annahme, „Freiheit“ sei gleich die „Selbstbestimmung des Volkes“. Diese Definition reduziert das Individuum, mit allen seinen einzigartigen Qualitäten, Fähigkeiten und Mängeln, zu einem kleinen, bedeutungslosen Zahnrad innerhalb einer großen, kollektiven Entität: das „Volk“. Ich werde nun darlegen, warum auch Demokratie keine echte Freiheit ist, und warum demokratische Systeme langfristig zu noch etwas viel Schlimmerem führen.

Ich hatte letztens eine Diskussion über Demokratie und Abtreibung, an der auch eine überzeugte Feministin beteiligt war. Sie war der Ansicht, Männer sollten nichts zu sagen haben, wenn es um den Körper der Frau geht. Aus diesem Grund lehnte sie Volksabstimmungen ab, aus Angst, wenn das Volk direkt bestimmt, würden sich Mehrheiten für strengere Abtreibungsgesetze finden. Auch die Ergebnisse der Bundestagswahl 2025 kritisierte sie dafür sehr stark. Ich habe gesagt, es wäre sinnvoller und gesünder für das Land, wenn

es eine Regierung gäbe, in welcher die beteiligten Parteien sich ähnlich sind, in diesem Fall die demokratisch gewählte, konservative Mehrheit aus CDU/CSU und AfD. Sie widersprach mir mit demselben Argument: Ich als Mann könne das so einfach sagen, weil meine Rechte nicht auf dem Spiel stehen würden. Ich stimme ihr inhaltlich vollkommen zu, allerdings gibt es ein Problem: Ihre Ansichten kollidieren mit der Funktionsweise der Demokratie. Ob Männer über deinen Körper entscheiden dürfen, ist der Demokratie vollkommen egal. Tatsächlich ist es der Demokratie allgemein egal, ob die Freiheit eines Individuums eingeschränkt wird: es ist schließlich der Wille des Volkes, oder in unserem Fall, der Wille der 300-400 Abgeordneten im Bundestag, welche den Willen des Volkes angeblich repräsentieren.

Nehmen wir als Beispiel Cannabis. Laut dem Naturrecht darf jeder Mensch selbst entscheiden, welche Substanzen er zu sich nimmt, welche Substanzen er in seinem Hintergarten anbaut und welche Substanzen er verkauft oder erwirbt. Die Mehrheit der Menschen konsumiert allerdings kein Cannabis, und empfindet den Konsum als moralisch verwerflich. Ergo darf die Mehrheit es der Minderheit verbieten, einfach aufgrund ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit. Ironisch, wenn man bedenkt, dass Anarchie oft als „Recht des Stärkeren“ bezeichnet wird, obwohl Demokratie doch selbst genau das ist, beziehungsweise noch schlimmer: Die 2025 entstandene Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD wurde von lediglich 44,9% der Wähler legitimiert. Nimmt man die Nichtwähler dazu, sinkt diese Zahl auf 37,7%. Somit haben wir eine Demokratie in der faktisch gesehen nicht mal die Mehrheit etwas zu sagen hat, sondern eine willkürlich gewählte Gruppe an Menschen. Niemand sollte über einen anderen Menschen auf diese Art und Weise herrschen dürfen. Das Verbot von Cannabis ist allerdings noch eines der geringsten Übel, die aus diesem System entstehen können.

Was wenn 51% der Meinung sind, jeder soll mehr Steuern zahlen? 49% werden plötzlich vollkommen ignoriert: sie haben dem „Willen des Volkes“ zu gehorchen. Was, wenn sich eine konsistente Mehrheit bildet, welche autoritäre Politik befürwortet? Ich finde diese Beispiele und auch Beispiele aus der Realität zeigen, dass die Quantität einer Meinung nichts über ihre Qualität aussagt. Es ist deshalb Irrsinn zu glauben, Mehrheitsentscheide seien eine sinnvolle Methode zum Gestalten eines guten Zusammenlebens.

Darüber hinaus ist der Staat von Natur aus expansiv, und die Demokratie verhindert dies nicht. Denn demokratische Systeme neigen dazu, sich immer stärker in Richtung Sozialismus zu bewegen. Sozialistische Versprechungen wirken auf den ersten Blick attraktiv: Keine Armut, „kostenlose“ Versorgung, wirtschaftliche Sicherheit. Doch diese Systeme scheitern regelmäßig und führen historisch gesehen zu Zentralisierung, wirtschaftlichem Niedergang und oft massiver Unterdrückung. Die inhärente Dysfunktionalität des Sozialismus und seine Folgen erhalten beim einfachen Bürger oft nur wenig Beachtung. Der Sozialismus hat im 20. Jahrhundert mindestens 80 Millionen Menschen das Leben gekostet, selbst wenn man konservativ schätzt. Dennoch vergessen viele Menschen diese Lektionen und fordern immer mehr staatliche Eingriffe, was unweigerlich zur Expansion des

Staatsapparats führt. Ich werde in einem späteren Kapitel genauer darauf eingehen, wie der Sozialismus die Freiheit des Individuums erstickt, warum er nicht funktionieren kann und wieso er auch in der Theorie eine Dystopie ist.

So sind wir also gefangen, in einem System, in dem wir auf Ewig dazu verdammt sind, das „geringere Übel“ zu wählen. Doch ich glaube, dass es kein Übel geben muss. Weder ein geringeres noch ein notwendiges. Deshalb lehne ich den Staat ab.

Warum Kapitalismus unbesiegbar ist

Es gab in der Geschichte zahlreiche Versuche, das kapitalistische System zu überwinden, und sie alle scheiterten. Eines der zentralen Probleme dabei war in meinen Augen folgendes: Der Staat kann das Angebot einschränken, aber niemals die Nachfrage. Doch wo eine Nachfrage existiert, wird sich zwangsläufig auch ein Angebot bilden, ob legal oder nicht.

Dies zeigt sich in zahllosen historischen Beispielen. In sozialistischen Staaten blühten Schwarzmärkte auf, weil der Staat nicht in der Lage war, die Bedürfnisse der Bürger zu erfüllen. Die Menschen begannen deshalb, abseits der staatlichen Kontrolle Handel zu treiben. Der Schwarzmarkt korrigierte damit die staatlich verursachte Fehlverteilung von Ressourcen. Dasselbe geschah erst recht mit illegalen Gütern, welche der Staat gar nicht erst produzieren ließ: auch für sie bildete sich ein verstecktes Angebot.

Auch in Ländern, welche ein marktwirtschaftliches System haben, lässt sich dies beobachten: die Prohibition in den USA war wohl eines der größten Desaster, die je durch staatliche Regulierung verursacht wurden. Das Verbot von Alkohol ließ den Schwarzmarkt so stark wachsen, dass die Polizei die Durchsetzung des Gesetzes oft schlicht ignorierte, weil sie sonst viel zu überlastet gewesen wären. Das Muster ist immer dasselbe: Je stärker der Staat in den Markt eingreift, desto mehr weichen wirtschaftliche Aktivitäten in unregulierte, nicht kontrollierbare Bereiche aus. Das Resultat ist nicht weniger Kapitalismus, sondern lediglich ein Kapitalismus im Verborgenen. Paradoxerweise führt eine stärkere Regulierung des Marktes also zu einem Markt, welcher überhaupt nicht reguliert ist.

Selbst in einem vollständig kommunistischen System, in dem Privateigentum und Währung vollständig abgeschafft sind, würde durch die Ineffizienz des Staates/des Kollektivs eine unerfüllte Nachfrage entstehen, und mit ihr ein Schwarzmarkt. Dieser könnte über Tauschhandel fungieren oder sogar über eine eigene Währung. Handel lässt sich nicht verbieten, nur kriminalisieren. Ein Staat, der den Kapitalismus wirklich vollständig auslöschen will, muss zwangsläufig zu einer totalitären Überwachungsmaschine werden, die jeden Tauschhandel brutal unterbindet.

Die Tatsache, dass der freie Markt nur mit Zwang und Autorität unterdrückt werden kann, offenbart folgendes: Der Markt ist keine künstliche, menschengemachte Erfindung, sondern die naturgegebene Ordnung menschlichen Zusammenlebens. Er ist die einzige Wirtschaftsform, die mit Freiheit und Freiwilligkeit vereinbar ist.

Wer den Kapitalismus bekämpft, kämpft nicht gegen ein Wirtschaftssystem, er kämpft gegen die menschliche Natur selbst.

Fazit

Ich habe nun dargelegt, warum ich den Staat aus einer ethischen Perspektive ablehne. Er muss mit Hilfe von Zwang und Gewalt sein eigenes Überleben sichern, wodurch er gegen die Naturrechte des Menschen verstößt. Er finanziert sich durch Gewalt, übt selbst in Systemen, welche vermeintlich frei sind, wie die Demokratie, Zwang aus und steht mit seiner Existenz im direkten Widerspruch zu der naturgegebenen Ordnung des freien Marktes. Ich bin der festen Überzeugung, dass kein Mensch jemals gezwungen sein sollte, sich einem solchen Herrscher zu unterwerfen. Freiheit kann nicht unter Zwang existieren, deshalb lehne ich den Staat ab.

Wie eine freie Gesellschaft aussieht

Freiwilligkeit an erster Stelle

Die größte Lüge, die uns eingetrichtert wurde, ist die Annahme, dass eine funktionierende Gesellschaft ohne staatliche Kontrolle nicht möglich sei. Uns wird beigebracht, dass Chaos und Gewalt herrschen würden, wenn es keinen Staat gäbe, als wäre der Mensch ein willenloses Tier, das ohne Herrscher nicht überlebensfähig ist. Doch das Gegenteil ist der Fall: Die Gesellschaft beruht nicht auf Zwang, sondern auf freiwilliger Interaktion.

Kein Mensch muss gezwungen werden, mit anderen zu handeln. Kein Gesetz zwingt dich, mit deinem Bäcker Geschäfte zu machen, und doch versorgt er dich mit Brot. Niemand braucht eine staatliche Vorschrift, um einem Nachbarn zu helfen oder mit anderen Menschen friedlich zusammenzuleben. Kooperation ist kein Produkt des Staates, sondern der menschlichen Natur selbst.

Was ist aber der Staat? Er ist die einzige Institution, die auf Gewalt und Zwang basiert. Seine gesamte Existenz hängt davon ab, Menschen Vorschriften zu machen, sie zu besteuern und ihnen vorzuschreiben, wie sie zu leben haben. Und wenn jemand sich weigert, die Regeln zu befolgen? Dann droht ihm Gewalt und der Entzug seiner Freiheit.

Warum sollte eine Gesellschaft auf einer Institution basieren, die das genaue Gegenteil von dem ist, was Menschen aus eigener Initiative tun? Warum sollte eine Ordnung, die auf Zwang aufbaut, einer Ordnung überlegen sein, die auf Freiwilligkeit beruht?

Die Wahrheit ist: Der Staat ist keine Notwendigkeit. Er ist ein Parasit. Die Menschen haben Handel getrieben, Familien gegründet, Technologien entwickelt und ihre Leben verbessert, nicht wegen des Staates, sondern trotz seiner Existenz.

Die Alternative zum Staat ist keine Utopie und kein unerreichbares Ideal. Sie ist bereits in unserem Alltag sichtbar: Überall, wo Menschen frei miteinander interagieren, ohne dass ein Herrscher sie dazu zwingt. Warum also nicht den nächsten Schritt gehen? Warum nicht eine Gesellschaft aufbauen, die konsequent auf Freiwilligkeit basiert? Eine Gesellschaft, in der der Mensch wirklich frei ist?

Ich spreche mich hiermit also für eine Gesellschaft aus, die vollständig auf freiwilligen Interaktionen zwischen Individuen basiert. Wie wir bereits festgestellt haben, wird diese Ordnung von Natur aus einen freien Markt zur Folge haben. In den folgenden Kapiteln werde ich darauf eingehen, wie diese Gesellschaft und der Markt funktionieren, warum er effizienter als der Staat ist und wieso die Alternativen Sozialismus und Kommunismus in der Praxis scheitern.

Das Nichtaggressionsprinzip

Wenn man die Gesellschaft auf freiwilligen Interaktionen aufbauen will, stellt sich eine entscheidende Frage: Was passiert, wenn jemand gegen den Willen eines anderen handelt? Welche Handlungen sind moralisch legitim und welche nicht? Hier kommt das Nichtaggressionsprinzip (kurz: NAP) ins Spiel, die Grundlage einer freien Gesellschaft.

Das Nichtaggressionsprinzip ist eine simple, aber tiefgreifende Regel: Niemand hat das Recht, Gewalt oder Betrug gegen eine andere Person oder deren Eigentum einzusetzen. Das bedeutet, Gewalt oder Zwang ist nur dann legitim, wenn es sich um Selbstverteidigung oder die Verteidigung des eigenen Eigentums handelt. Menschen sollen mit anderen interagieren, indem sie sich gegenseitig überzeugen, anstatt sich zu zwingen. Aggression bedeutet nicht einfach irgendeine Form von Gewalt, sondern ganz konkret:

-Körperliche Angriffe (Mord, Raub, Vergewaltigung, Körperverletzung etc.)

-Betrug oder Diebstahl (auch in Form staatlicher Umverteilung)

-Nötigung oder Erpressung

Jede dieser Handlungen verletzt die Selbstbestimmung des Einzelnen und ist deshalb nach dem NAP nicht zulässig.

Das NAP ist die einzig konsequente Regel, die für alle Menschen gleichermaßen gilt. Es gibt kein „Recht auf Aggression“, nicht für Einzelpersonen und auch nicht für Gruppen, auch nicht für den Staat. Das bedeutet, dass kein Mensch das Recht hat, einem anderen gegen seinen Willen Eigentum zu nehmen, selbst wenn es für einen vermeintlich guten Zweck ist. Jemanden unter Drohung oder Gewalt zu bestehlen, um mit dem Geld „Soziales“ zu finanzieren, bleibt Raub, egal, ob es eine Privatperson oder eine Regierung tut.

Das klassische etatistische Argument ist, dass gewisse Formen von Gewalt notwendig seien, um eine funktionierende Gesellschaft aufrechtzuerhalten, doch das ist ein Irrtum. Eine Gesellschaft, die auf Aggression und Zwang beruht, ist eine Gesellschaft der Sklaverei. Wahre Freiheit kann nur existieren, wenn jeder Mensch über sich selbst bestimmt und nicht von anderen Menschen oder Institutionen bevormundet wird.

Das NAP verbietet allerdings nicht jede Form von Gewalt, sondern nur initiierte Gewalt. Wenn jemand in dein Haus einbricht, hast du das Recht, ihn zu vertreiben, sei es mit Gewalt oder durch eine andere Form der Abschreckung. Das bedeutet, dass ein privates Rechtssystem völlig mit dem NAP vereinbar wäre. Im nächsten Unterkapitel gehe ich genauer darauf ein.

Die Existenz eines Staates widerspricht dem NAP grundlegend, denn jeder Staat finanziert sich durch Zwangsabgaben (Steuern). Steuern sind nichts anderes als organisierter Raub: Der Staat nimmt dir dein Geld unter Androhung von Gewalt, selbst wenn du nie

zugestimmt hast, ihn zu finanzieren. Außerdem betreibt der Staat systematisch Krieg und Gewalt gegen Unschuldige (durch Militärinterventionen und Polizeigewalt), Beraubung durch Inflation (indem Zentralbanken das Geld entwerten) und Einschränkung der Freiheit (durch Gesetze, Vorschriften und Bürokratie). Der Staat ist somit nichts anderes als ein legitimierter Kriminellenverein, der gegen das NAP verstößt. Eine Gesellschaft, die wirklich auf Moral und Gerechtigkeit basiert, kann nur existieren, wenn dieses Prinzip konsequent beachtet wird.

Das Nichtaggressionsprinzip ist die einfachste und logischste Regel für eine zivilisierte Gesellschaft. Es schützt die Freiheit jedes Einzelnen, verhindert Zwang und sorgt für eine Ordnung, die auf Freiwilligkeit basiert. Wer das NAP ablehnt, befürwortet automatisch irgendeine Form von Zwang und Gewalt gegen Unschuldige, und genau das ist die Grundlage jeder staatlichen Herrschaft.

Der nächste logische Schritt ist nun, zu zeigen, wie eine Gesellschaft ohne einen Staat, der das NAP permanent verletzt, tatsächlich funktionieren kann. Im nächsten Kapitel werde ich darauf eingehen, wie ein privates Rechtssystem aussehen könnte.

Sicherheit und Recht ohne Gewaltmonopol

In jedem Land ist Sicherheit Aufgabe des Staates. Der Staat hat ein Monopol auf Sicherheit und verhindert aktiv, dass sich private Alternativen bilden, welche diese Aufgabe in ähnlichem Umfang erfüllen können. Somit ist jeder gezwungen, die staatliche Polizei zu finanzieren und sich ihr zu untergeben. Das wirft folgende Probleme auf:

1. Die staatliche Polizei hat keinen natürlichen Anreiz, den bestmöglichen Service anzubieten, da sie nicht scheitern kann.
2. Wenn jemand der Ansicht ist, die Polizei würde ihren Job schlecht machen oder sogar selbst Opfer von Polizeigewalt oder sonstigem Unrecht wird, hat diese Person keinerlei Möglichkeit diese Institution abzustrafen, und ist stattdessen weiterhin auf sie angewiesen. Gleichermaßen hat die Polizei keinen Anreiz, ihren Ruf so schnell wie möglich zu bereinigen, zum Beispiel, indem ernste Konsequenzen gegen den schuldigen Polizisten gezogen werden.

Menschen, die mit der Polizei unzufrieden sind, aber keine Anarchisten sind, sprechen sich oft für „Defund the Police“ aus. Dies ist jedoch Schwachsinn. Wenn man die Polizei „fixen“ will, hat man im Grunde nur zwei Optionen: entweder, man gibt der Polizei *mehr* Geld, mit der Idee, sie dadurch zu verbessern, oder man privatisiert die Exekutive, idealerweise mit Abschaffung der staatlichen Polizei, um Menschen eine Auswahl an Anbietern zu ermöglichen. Die staatliche Polizei zu schwächen, in dem man ihre Finanzierung senkt oder ihre Schusswaffen entwendet, ohne eine Alternative zu schaffen, sorgt nur dafür, dass die Polizei noch ineffizienter wird und könnte zu tatsächlichem Chaos führen, wie es bei einer Anarchie oft befürchtet wird.

In einer anarchistischen Gesellschaft müsste Sicherheit und Recht auf privater Basis organisiert werden. Es gibt verschiedene Ideen, wie genau das Aussehen würde, und das ist auch das Geniale: anders als bei einer staatlichen Gesellschaft, dürfte es einen Markt an Ideen geben, und Ideen könnten miteinander koexistieren und gegeneinander konkurrieren. Das beste System würde die meisten Kunden anlocken. Es ist sehr kompliziert, den vollen Umfang eines privatrechtlichen Systems überzeugend und stabil darzulegen. Ich werde dennoch eine konkrete Idee, wie privat organisiertes Recht aussehen könnte, genauer ausführen:

Es könnte ein System geben, bei dem mehrere Versicherungen gegeneinander konkurrieren. Nehmen wir als Beispiel eine fiktive Versicherung namens ANCAP-Sicherheit: Kunden könnten sich bei ihr dagegen versichern, Opfer einer Straftat zu werden. Wird man nun Opfer einer Straftat, müsste das Versicherungsunternehmen für den entstandenen Schaden aufkommen, oder den Straftäter dafür aufkommen lassen. Sollte sie dabei scheitern, würden sich Kunden als Reaktion einen anderen Anbieter suchen, der seine Aufgabe erfüllt, und das Unternehmen würde scheitern. Unternehmen könnten sogar anbieten, den Schaden, welcher entstanden ist, als man noch bei ANCAP-Sicherheit war, zu bezahlen, um Kunden anzulocken. Es ist also im Eigeninteresse der Versicherung, ihrer Verpflichtung nachzukommen. Sollte man selbst die Rechte eines anderen verletzen, welcher ebenfalls Kunde bei ANCAP-Sicherheit ist, so würde von einem verlangt werden, für den Schaden aufzukommen. Die Entscheidung, ob man wirklich schuldig ist oder nicht, würde dann von einem unabhängigen Schiedsgericht in einer Gerichtsverhandlung entschieden werden.

Was aber, wenn man sich weigert, das Ergebnis der Verhandlung zu respektieren? Es könnte zu verschiedenen Reaktionen kommen: Dem Täter könnte ein Boykott angedroht werden, wodurch er auch bei anderen Unternehmen keinen Schutz mehr finden würde. Auch hier wäre es im Eigeninteresse der anderen Unternehmen, auf die Zahlung des Täters zu verzichten und somit den eigenen Ruf zu wahren. Möglicherweise könnte die Versicherung die Entscheidung auch mit Gewalt durchsetzen, vor allem, wenn dies im eingegangenen Vertrag so vereinbart ist. So würde auch ein Mörder bestraft werden: wenn im Vertrag zwischen dem Mörder und seiner Versicherung vereinbart ist, dass die Versicherung bei Vergehen Gewalt anwenden darf, so wird der Mörder verhaftet und zu Entschädigung an die Hinterbliebenen verpflichtet werden, entweder durch Geld, Gefängnis oder beides. Auch wenn dies nicht im Vertrag steht, kann die Anwendung von Gewalt dennoch gerechtfertigt und im Einklang mit dem Nichtaggressionsprinzip sein. Ich erläutere weshalb:

Ein Täter, der sich weigert, für seinen Schaden aufzukommen, verletzt weiterhin die Rechte seines Opfers. Gewalt gegen ihn ist dann nicht Aggression, sondern eine gerechtfertigte Reaktion. Eine Versicherung oder ein privates Sicherheitsunternehmen darf Gewalt zur Durchsetzung eines Urteils anwenden, aber nur gegen jemanden, der selbst

Gewalt oder Betrug eingesetzt hat. Sollte die Versicherung auf unberechtigte Weise Gewalt anwenden, würde ihr erneut Kundenverlust drohen.

Mal angenommen, man wird nun einer Straftat beschuldigt, von jemandem der Kunde bei einer anderen Versicherung ist, die ThatGuy-Versicherung. Auch hier wäre eine Einigung der beiden Versicherungen durch ein Schiedsgericht die beste Wahl, da ein bewaffneter Konflikt zu Kostenaufwendig und abschreckend auf Kunden wäre.

Die Versicherungsprämie wäre davon abhängig, wie viele Straftaten in deiner Region begangen werden. Es gäbe also einen finanziellen Anreiz dazu, Nachbarschaftswachen zu gründen und kollektiv einen Sicherheitsdienst zu finanzieren, der Straftaten in der Region verhindert. Es wäre auch im Interesse der Versicherungen, Straftaten möglichst niedrig zu halten, und sie könnten sich somit ebenfalls an der Finanzierung beteiligen.

Es besteht nun wahrscheinlich folgende Sorge: was ist mit denen, die zu arm sind, um sich versichern zu lassen?

Da dieser Service ein großer und essenzieller Teil der Gesellschaft wäre, würden sich die Kosten auf natürliche Weise auf einem sehr finanzierbaren Niveau halten. Wer zu viel Geld verlangt, ohne einen entsprechend besseren Service zu bieten, verliert Kunden und die günstigeren Anbieter setzen sich durch. Wenn man sich dazu entscheidet, nicht arbeiten zu gehen, weder für einen selbst noch für andere, und auch niemanden findet der für einen die Kosten trägt, dann würde man dementsprechend natürlich kein Geld verdienen und sich nicht versichern lassen können. Dazu sage ich folgendes: Ich halte es für etwas Selbstverständliches und logisches, dass sich ein Mensch an seinem eigenen Überleben beteiligen muss, indem er arbeiten geht. Ich halte es für deutlich unmoralischer, Menschen auszurauben und dieses Geld dann dem Arbeitsverweigerer zu geben. Sich selbst in einer schlechten Situation zu befinden, gibt einem keinen plötzlichen Anspruch auf das Eigentum anderer Menschen. Menschen, die aufgrund von Einschränkungen nicht zur Arbeit in der Lage sind, würden durch private Wohltätigkeitsorganisationen Unterstützung erhalten.

Das war nur eine von vielen Ideen, wie Sicherheit und Recht in einer anarchistischen Gesellschaft aussehen könnten. Alternativen wären zum Beispiel, dass Kommunen Regeln aufstellen, denen jeder beim Einzug einwilligen muss. So würde auch ein Wettbewerb zwischen Kommunen entstehen, der dafür sorgt, dass die besten Regelungen sich durchsetzen. Es könnte auch ein privates Unternehmen sein, welches ein Stück Land erwirbt und darauf Dienstleistungen wie Sicherheit und Recht anbietet. Was auch immer davon am besten funktioniert, wird sich langfristig durchsetzen.

Ich bin mir sicher, dass es noch immer viele offene Fragen gibt. Zum Beispiel, ob eine freiwillige kollektive Finanzierung von Sicherheitsdiensten aufgrund des „Gefangenendilemmas“ unmöglich wäre. Als Antwort werde ich auf ein YouTube Video von den Freunden der Marktradikalen verweisen, welches mir auch sehr viel Inspiration für das Schreiben

dieses Kapitels gab. Ich empfehle dringend dieses Video zu schauen, wenn man das Thema noch besser verstehen will: https://youtu.be/WspRXZon5sA?si=kcs-EYntl-WAf6PWf

Sozialstaat ohne Staat

Der Sozialstaat wird oft als eine Errungenschaft der modernen Gesellschaft gefeiert. Politiker und Befürworter stellen ihn als moralische Notwendigkeit dar, ohne die die Schwachen und Armen schutzlos dem grausamen Markt ausgeliefert wären. Doch in Wahrheit ist der Sozialstaat nicht nur ineffizient, sondern auch moralisch fragwürdig und führt langfristig dazu, dass Menschen in dauerhafte Abhängigkeit geraten, anstatt ihnen wirklich zu helfen.

Zuerst einmal wenden wir das bereits besprochene NAP und die Naturrechte auf den Sozialstaat an: Der Sozialstaat basiert, wie jedes staatliche Programm, auf Zwang. Jeder, der Steuern zahlt, finanziert das System nicht freiwillig, sondern unter Androhung von Gewalt durch den Staat. Es gibt keine Option zu sagen: "Ich möchte meine Abgaben lieber einer anderen Organisation geben, die effizienter hilft." Der Staat zwingt Menschen, einen großen Teil ihres Einkommens abzugeben, um ihn nach eigenen Maßgaben umzuverteilen. Hier zeigt sich der fundamentale Unterschied zwischen staatlicher Umverteilung und echter, freiwilliger Wohltätigkeit. Wenn jemand aus freien Stücken einen Teil seines Geldes spendet, geschieht dies aus Mitgefühl und Solidarität. Im Sozialstaat jedoch wird "Solidarität" durch Zwang erpresst, was sie nicht nur entwertet, sondern moralisch fragwürdig macht. Staatliche Hilfe ist kein Akt der Güte, sondern erzwungene Umverteilung. Niemand würde akzeptieren, dass ein Dieb behauptet, er hätte das gestohlene Geld für einen guten Zweck benutzt und das deshalb der Diebstahl legitim sei.

Neben der moralischen Frage gibt es handfeste wirtschaftliche Argumente gegen den Sozialstaat. Er erzeugt Fehlanreize, hat enorme Verwaltungskosten und verlangsamt wirtschaftliches Wachstum.

Sozialleistungen sorgen oft dafür, dass Menschen in Armut verharren, anstatt sie zu ermutigen, sich selbst zu helfen. Wer staatliche Unterstützung erhält, verliert diese oft, sobald er mehr verdient. Das bedeutet, dass Arbeit sich oft weniger lohnt als Nichtstun. Viele Menschen entscheiden sich rational für das bequemere Modell: Sozialhilfe statt Eigenverantwortung.

Jeder Euro, den der Staat "für die Armen" eintreibt, durchläuft unzählige Behörden und Verwaltungen, bevor er ankommt. Studien zeigen, dass ein großer Teil der Sozialausgaben in den Bürokratieapparat fließt, anstatt direkt den Bedürftigen zu helfen: Laut einer Bundestagsmitteilung beliefen sich die geschätzten Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitssuchende im Jahr 2023 auf 5,25 Milliarden Euro. Dies entspricht etwa 22 Prozent der insgesamt bereitgestellten Mittel von 23,7 Milliarden Euro für

das Bürgergeld[1]. Insgesamt schätzt das ifo Institut, dass die Bürokratie in Deutschland jährlich bis zu 146 Milliarden Euro an Wirtschaftsleistung kostet.[2]

Der Sozialstaat verkauft sich als "Hilfe zur Selbsthilfe", doch das Gegenteil ist der Fall. Wer dauerhaft von Sozialleistungen abhängig ist, verlernt oft, eigenständig zu wirtschaften und Verantwortung zu übernehmen. Menschen werden entmündigt, weil der Staat für sie entscheidet, wie viel Hilfe sie bekommen, anstatt ihnen die Möglichkeit zu geben, sich selbst abzusichern. Soziale Transferleistungen zerstören oft familiäre und gemeinschaftliche Netzwerke, die sich in einer freien Gesellschaft von selbst bilden würden. Der Staat erschafft also ein Heer von Menschen, die auf ihn angewiesen sind. Nicht, weil sie es müssen, sondern weil er es ihnen bequem macht. Das Ergebnis ist eine Kultur der Anspruchsmentalität anstatt Eigeninitiative.

Es gibt eine Alternative zum Sozialstaat: Eine Gesellschaft, in der Hilfe freiwillig organisiert wird und somit effizienter und moralisch sauber ist. In einer freien Gesellschaft würden Menschen freiwillig spenden oder in soziale Projekte investieren. Historisch gesehen haben Kirchen, Vereine und Stiftungen soziale Aufgaben weit effektiver erfüllt als der Staat es je konnte. Ein weiterer Weg wären Versicherungsmodelle**:** Anstelle staatlicher Renten- und Arbeitslosenhilfe könnten Menschen sich privat versichern. Anbieter würden um Kunden konkurrieren und effiziente, flexible Modelle anbieten, statt aufgeblähter Einheitsbürokratie. Auch Lokale Gemeinschaften, Nachbarschaften oder Unternehmen könnten eigene Systeme zur Unterstützung schaffen, um bedürftigen Menschen zu helfen. Auch jetzt schon bieten manche Unternehmen eine betriebliche Altersversorgung für treue Mitarbeiter an, welche der staatlichen Rente weit überlegen ist.

Historische Beispiele zeigen, dass es funktioniert: Vor der Einführung des Sozialstaates in vielen Ländern gab es bereits starke zivilgesellschaftliche Strukturen, die soziale Absicherung gewährleisteten. Der Sozialstaat hat diese Strukturen zerstört, indem er Menschen in staatliche Abhängigkeit zwang. Der Sozialstaat verspricht Hilfe, doch in Wahrheit produziert er mehr Probleme, als er löst. Die Alternative ist ein System der freiwilligen Hilfe, das nicht nur gerechter, sondern auch effektiver ist. Zum Abschluss habe ich auch zu diesem Thema ein sehr empfehlenswertes, kurzes YouTube Video, welches zeigt, dass der Staat in den USA mit seinen Eingriffen mehr Schaden als Nutzen anrichtete: https://youtu.be/fFoXyFmmGBQ?si=OipQk5AZ-2iqiIEb

[1] https://mein-berlin.net/berlin/verwaltung-kostet-22-der-grundsicherung-fliessen-in-buerokratie/
[2] https://www.ifo.de/pressemitteilung/2024-11-14/buerokratie-deutschland-kostet-jaehrlich-146-milliarden-euro

Warum Sozialismus und Kommunismus immer scheitern

Sozialismus und Kommunismus sind nicht nur moralisch problematisch, sondern auch wirtschaftlich zum Scheitern verurteilt. In einem vorherigen Kapitel habe ich bereits dargelegt, warum ich die vollständige Abschaffung des Marktes für unmöglich halte. Jetzt beschäftige ich mich damit, warum das auch kein sinnvolles Ziel ist.

Die Geschichte liefert zahlreiche Beispiele von gescheiterten sozialistischen Staaten, von der Sowjetunion über Maoistisches China bis hin zum heutigen Venezuela. Doch das Problem des Sozialismus ist nicht einfach nur schlechtes Management oder Korruption, sondern eine fundamentale inhärente Dysfunktionalität, welche ihn prinzipiell ineffizient und nicht funktionsfähig macht.

Ludwig von Mises hat in seinem Artikel „Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen[3]“ dargelegt, warum eine sozialistische Planwirtschaft zwangsläufig scheitern muss. Der Kern des Problems: In einer sozialistischen Wirtschaft gibt es keinen freien Markt für Produktionsmittel, weil diese in Staatseigentum übergehen. Ohne Markt gibt es aber keine Preise, die durch Angebot und Nachfrage gebildet werden.

Warum sind Marktpreise wichtig? Weil sie eine zentrale Informationsfunktion haben. Sie zeigen Unternehmern, welche Güter knapp sind, wo Ressourcen effizient eingesetzt werden sollten und was die Bedürfnisse der Konsumenten sind. Wenn es keine Marktpreise gibt, kann keine rationale Wirtschaftsplanung erfolgen. Der Staat kann nur raten, welche Güter in welchen Mengen produziert werden sollten, mit katastrophalen Folgen: Mangel an wichtigen Gütern, Überproduktion von Unsinn, Verschwendung von Ressourcen.

Die Sowjetunion ist das perfekte Beispiel dafür. Trotz gigantischer bürokratischer Planungsapparate scheiterte die UdSSR regelmäßig daran, die richtige Menge an Lebensmitteln, Wohnungen oder Konsumgütern zu produzieren. Es gab Millionen leere Wohnungen, während Millionen Menschen auf Wartelisten standen. Gleichzeitig sammelten sich in Fabriken ungenutzte Stahlträger, weil niemand wusste, wo sie tatsächlich gebraucht wurden.

In einer Marktwirtschaft sind Unternehmen gezwungen, effizient zu arbeiten, weil sie sonst vom Markt verschwinden. Sie müssen mit möglichst wenig Ressourcen ein möglichst gutes Produkt herstellen, um Kunden zu gewinnen und Profit zu machen.

Im Sozialismus gibt es diesen Anreiz nicht. Unternehmen werden vom Staat betrieben und müssen keinen Profit erwirtschaften. Ob ein Betrieb effizient oder verschwenderisch arbeitet, spielt keine Rolle, solange die Planvorgaben irgendwie erfüllt werden. Das Ergebnis ist eine unglaubliche Verschwendung und Ineffizienz.

Ein Beispiel ist die DDR: Während Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg mit der sozialen Marktwirtschaft boomte (Ludwig Erhard meinte mit „Sozialer Marktwirtschaft“

[3] https://docs.mises.de/Mises/Mises_Wirtschaftsrechnung.pdf

übrigens, dass der Markt an sich Sozial ist, nicht, dass er sozial gemacht werden muss), litt die DDR unter chronischer Mangelwirtschaft. Produkte waren oft von minderwertiger Qualität, Innovationen blieben aus, und die Bevölkerung musste sich mit jahrelangen Wartezeiten für Konsumgüter abfinden. Auch der mangelnde technologische Fortschritt ist eine direkte Konsequenz aus der Abwesenheit eines freien Wettbewerbs: Innovation entsteht durch Wettbewerb und das Streben nach Gewinn. Unternehmen investieren in neue Technologien, weil sie sich dadurch einen Vorteil gegenüber der Konkurrenz verschaffen können. Im Sozialismus fehlt dieser Mechanismus. Niemand hat einen persönlichen Anreiz, Risiken einzugehen oder kreative Lösungen zu finden, weil es keine Belohnung dafür gibt.

In der Sowjetunion gab es offiziell Forschung und Entwicklung, aber der Fortschritt blieb hinter dem Westen zurück. Während die USA eine dynamische Wirtschaft mit ständig neuen Technologien aufbauten, war die UdSSR gezwungen, Ideen zu kopieren oder sich auf staatlich gelenkte Projekte zu beschränken, die oft ineffizient und fehlerhaft waren.

Man kann sich stundenlang mit der Theorie auseinandersetzen und haufenweise Fehler finden. Allerdings sollte das alles eigentlich obsolet werden, wenn man sich einfach die realen historischen Beispiele anschaut. Kein sozialistisches Land hat jemals Wohlstand für seine Bevölkerung geschaffen. Stattdessen führte Sozialismus fast immer zu Mangel, Unterdrückung und wirtschaftlichem Zusammenbruch. Beispiele dafür gibt es genug:

-Sowjetunion: Ein riesiger totalitärer Staatsapparat und Planwirtschaft führten zu chronischer Ineffizienz. Das System brach 1991 endgültig zusammen.

-Maoistisches China: Der „Große Sprung nach vorn“ führte zu Hungersnöten, bei denen geschätzte 30–45 Millionen Menschen starben.

-Venezuela: Eines der rohstoffreichsten Länder der Welt wurde durch sozialistische Politik in eine Wirtschaftskrise mit Hyperinflation und Lebensmittelmangel gestürzt.

Leuten, die sich bei mir um politischen rat erkundigen, gebe ich immer folgenden Tipp mit: Wenn ein Sozialist versucht, Sein System anhand eines realen Beispiels zu verteidigen, lügt er. Immer. Die Beispiele Kuba und Vietnam sind oft zu hören, aber sehr einfach zu entkräften. 1993 lebten 80% der Vietnamesen in Armut, 2020 lag der Anteil nur noch bei 5%. Dies wurde ermöglicht durch die Einführung von Privateigentum und marktwirtschaftlichen Reformen. Vietnam ist im Grunde eine kapitalistische Erfolgsgeschichte, auch wenn es sich selbst offiziell als sozialistisch bezeichnet. Dieses Prinzip, dass ein sozialistisches Land nach der Einführung marktwirtschaftlicher Reformen aufblühte, ist mehrmals zu beobachten gewesen: auch in China lebten bis zu den Reformen von Deng Xiaoping knapp 90% der Menschen in extremer Armut. Heute liegt die Armutsquote bei

unter einem Prozent.[4] Ebenfalls möchte ich dazu anmerken, dass der Sozialstaat in China erstaunlich klein ist für ein Land, welches sich in sozialistischer Tradition sieht.

Auch Kuba ist wie bereits erwähnt kein Sinnvolles Beispiel. In Kuba blieben großflächige marktwirtschaftliche Reformen aus, wenig überraschend leben 89% der Bevölkerung in extremer Armut.[5]

Sozialismus scheitert nicht, weil er „falsch umgesetzt" wurde. Er scheitert, weil er nicht funktionieren kann. Ohne Marktpreise gibt es keine rationalen Wirtschaftsentscheidungen. Ohne private Unternehmen gibt es keine Anreize für Innovation und Effizienz. Und ohne wirtschaftliche Freiheit gibt es keinen Wohlstand.

Marktwirtschaft hingegen ermöglicht Fortschritt, Wohlstand und eine effiziente Verteilung von Ressourcen. Wer Sozialismus fordert, fordert wirtschaftliches Chaos, Armut und Unterdrückung. Die Geschichte hat dieses Experiment oft genug wiederholt.

Der Sozialismus wurde also mehrmals probiert und ist mehrmals gescheitert. Es ist ein einfacher Schluss, welchen man durch das simple Beobachten der Geschichte ziehen kann. Bei überzeugten Kommunisten kommt man damit aber nicht ganz so weit: sie sind der Ansicht, echter Kommunismus wäre noch nie probiert worden, und das ist wahr. Es gab noch nie einen echten Kommunismus im Endstadium wie ihn Marx und Engels beschrieben haben, weil allein schon der Versuch ihn einzuführen (Sozialismus ist per Definition die Übergangsphase zum Kommunismus) scheiterte. Genauso wenig gab es einen echten, völlig unregulierten Kapitalismus. Wir können trotzdem beobachten: der „Fast-Kommunismus" stürzte Millionen Menschen in Tod, Armut und Elend, während der „Fast-Kapitalismus" dem Menschen beispiellosen Wohlstand brachte. Der durchschnittliche Amerikaner hat heute Zugang zu mehr Luxus als der reichste Mann in der Geschichte der Menschheit: Mansa Musa.

Dies wird mich nicht daran hindern, auch den Kommunismus aus einer theoretischen Perspektive zu widerlegen.

Der Kommunismus, wie ihn Karl Marx und Friedrich Engels beschrieben haben, ist ein vollkommen utopisches Konstrukt, das auf wirtschaftlichen Irrtümern basiert. Marx' Theorie von der klassenlosen Gesellschaft, in der der Staat „abstirbt" und Güter nach dem Prinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen" verteilt werden, widerspricht grundlegenden ökonomischen Gesetzen.

Marx und viele Kommunisten setzen stillschweigend voraus, dass eine kommunistische Gesellschaft in der Lage wäre, alle Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen, ohne Märkte, Preise oder Privateigentum. Doch diese Vorstellung ignoriert das fundamentale

[4] https://www.welt.de/debatte/kommentare/article242037095/Rainer-Zitelmann-Vietnam-ist-eine-kapitalistische-Erfolgsgeschichte.html
[5] https://www.kubakunde.de/neues/ocdh-studie-89-der-kubanischen-bevoelkerung-leben-in-extremer-armut

ökonomische Problem der Knappheit. Ressourcen sind begrenzt, Bedürfnisse unbegrenzt.

Wie wird also entschieden, wer was bekommt? In einer Marktwirtschaft reguliert sich das durch Angebot, Nachfrage und Preise. Im Kommunismus jedoch gibt es keinen Marktmechanismus, stattdessen müsste eine zentrale Behörde bestimmen, wer welche Güter erhält. Doch wie soll eine Bürokratie wissen, wie viel Brot, Kleidung oder Wohnraum benötigt wird? In der Praxis führt das entweder zu Zuteilungswirtschaft (Mangel und Rationierung) oder zu massiver Verschwendung, weil niemand wirklich weiß, was wie produziert werden sollte. Allerdings ist es nicht nur problematisch, wer das Produzierte erhält, sondern auch, wer überhaupt produziert.

Marx glaubte, dass der Mensch im Kommunismus selbstlos für das Gemeinwohl arbeiten würde. Doch diese Idee widerspricht der Realität der menschlichen Natur. Menschen arbeiten nicht aus reiner Nächstenliebe, sondern weil sie Anreize brauchen, sei es in Form von Lohn, Karriereperspektiven oder persönlicher Bereicherung.

Das Problem zeigt sich besonders bei kollektiver Arbeitsteilung: Wenn jeder das gleiche bekommt, egal wie viel er leistet, warum sollte irgendjemand noch hart arbeiten? Der Kommunismus schafft somit ein System, das Faulheit belohnt und Fleiß bestraft. Dieses Phänomen gibt es bereits jetzt durch staatliche Maßnahmen wie das Bürgergeld. Schafft man jegliche Belohnung nun vollständig ab, würde sich das Ausmaß dieses Problems vervielfachen.

Ein perfektes Beispiel ist die Sowjetunion, wo Arbeiter häufig nach dem Motto „Sie tun so, als würden sie uns bezahlen, also tun wir so, als würden wir arbeiten“ lebten. Weil Leistung nicht belohnt wurde, sank die Arbeitsmoral auf ein Minimum.

Marx prophezeite, dass der Staat nach einer Übergangsphase des Sozialismus von selbst verschwinden würde. In Wirklichkeit geschah immer das Gegenteil: Sozialistische Systeme entwickelten sich zu totalitären Regimen mit beispielloser staatlicher Kontrolle.

Warum? Weil eine Wirtschaft ohne Markt riesige Planungs- und Verwaltungsapparate benötigt. Jemand muss entscheiden, wer arbeitet, wer welche Ressourcen bekommt und wer wie viel produzieren muss. Das führt zwangsläufig zu einer gigantischen Bürokratie und einem immer mächtigeren Staatsapparat.

Jeder sozialistische Staat, von der Sowjetunion bis Nordkorea, hat sich in einen mächtigen Überwachungsstaat verwandelt, genau das Gegenteil der „freien, klassenlosen Gesellschaft“, die Marx versprochen hatte. Das ist auch vollkommen logisch: Wer den Staat zuerst stark aufbaut, bevor er ihn abschafft, wird schnell merken, dass der Staat seine Macht nicht einfach ohne weiteres aufgeben wird.

Kommunismus scheitert, weil seine wirtschaftlichen Grundannahmen falsch sind. Ohne Marktmechanismen gibt es keine effiziente Produktion, ohne Anreize gibt es keine Innovation, und ohne private Eigentumsrechte gibt es keinen Fortschritt.

Ein neues Gewaltmonopol verhindern

Eine Frage, mit dem der Anarchismus oft zu kämpfen hat, ist, wie man sicherstellen würde, dass sich kein neuer Staat bildet. Diese Frage hat durchaus eine Daseinsberechtigung: Ohne Staat gibt es kein Gewaltmonopol mehr, also was verhindert die Schaffung eines neuen Gewaltmonopols und ultimativ die Entstehung eines neuen Staates? Diese Frage ist jedoch keine Frage an den Anarchismus, sondern an die Menschheit an sich und jedes erdenkliche System.

Jedes einzelne System kann durch einen gewalttätigen Diktator gestürzt werden, völlig egal ob Staat oder nicht. Das ließ sich schon oft in der Geschichte beobachten. Diese Stürzungen erfolgten nicht immer nur durch Gewalt, sondern auch durch Ausnutzung staatlicher Mechanismen. Diese Option fällt also schon mal vollständig weg: Es kann niemand in eine Machtposition gewählt werden, welche sich derart ausnutzen lässt, wie es etwa bei Adolf Hitler der Fall war. Viele stellen sich eine Machtübernahme im Anarchokapitalismus so vor: ein Unternehmen wird extrem erfolgreich und nutzt sein Geld aus, um Sicherheitsdienste anzuheuern, welche die Bevölkerung unterdrücken sollen, indem sie zum Beispiel Steuern einsammeln. Eine Alternative ist, dass das große Unternehmen selbst ein Sicherheitsdienst ist, welches eine Monopolstellung erlangt hat.

Ein Unternehmen heuert im ersten Szenario Sicherheitsdienste an, Das wirft gleich mehrere Probleme auf: Zuerst müsste sich ein Sicherheitsdienst finden, der sich bereit erklärt, einen solchen Auftrag anzunehmen. Sagen wir das ist gelungen. Jetzt müssen sich die Arbeiter dieses Dienstes dazu bereit erklären, diesen Auftrag durchzuführen. Mir stellt sich da folgende Frage: wie viele Menschen werden sich bereit erklären, die Unterdrückung und Ausraubung ihrer Mitmenschen nicht nur zu unterstützen, sondern sogar selbst durchzusetzen, wenn sie wirklich eine Wahl haben? Die Menschen, die sich dazu bereit erklären, müssten dann stärker sein als alle anderen Sicherheitsdienste in der Region, wenn nicht sogar der Welt. Selbst wenn alles gelingt: Das unterdrücken nur einer ganzen Stadt, die in Schach Haltung der bewaffneten Bevölkerung und potenziellen Aufständen, sowie die Verwaltung des gesamten Gebiets kostet eine monströse Summe an Geld. Wirtschaftlich gesehen wäre es für ein Unternehmen profitabler, das System nicht zu stürzen und sich stattdessen über legitime Wege auf dem Markt zu behaupten.

Was, wenn das Unternehmen selbst ein Sicherheitsdienst ist, welches eine Monopolstellung erlangt? In vielen Hinsichten gilt hier dasselbe wie im vorherigen Szenario. Zuerst müssten sich die Arbeiter bereit erklären, die plötzlichen autoritären Befehle ihres Arbeitgebers auszuführen. Ich bin hierbei übrigens der festen Überzeugung, dass die Mehrheit

sich widersetzen würde. Ein Sicherheitsdienst, der wie eben beschrieben handelt, ist im Grunde nichts anderes als eine Terrororganisation. Warum die Mehrheit der Bevölkerung dem plötzlich loyal sein sollte, erschließt sich mir nicht. Auch heute kann es theoretisch sein, dass die Mehrheit der Menschen sich zu Al-Qaida bekennen. Auch mit einem Staat wären die Folgen desaströs.

Hinzu kommen die natürlichen Mechanismen des Marktes: Die Entstehung eines Monopols in einem völlig freien, unreguliertem Markt ist unwahrscheinlich, weil ein Unternehmen dafür das beste Produkt für den besten Preis anbieten muss, *dauerhaft*. Da Sicherheitsdienste eine extrem wichtige Rolle in der Gesellschaft spielen würden, wird der Markt äußerst umkämpft und voller verschiedener Anbieter sein, ein Wettbewerbs-Paradies. Die Bildung eines Monopols unter diesen Bedingungen ist sehr schwer, wenn nicht unmöglich. In jedem Fall liegt aber auch selbstverständlich viel Verantwortung bei den Bürgern, gegen solche machthungrigen Vorhaben anzukämpfen, zum Beispiel durch Boykottierung.

Ist es unmöglich, dass sich im Anarchismus ein neuer Staat bildet? Keineswegs. Ich glaube allerdings nicht, dass die Existenz des Staates die Übernahme durch einen Diktator unwahrscheinlicher macht, ganz im Gegenteil: Staaten begünstigen es sogar, in dem sie das Fundament legen, welches durch eine gewaltlose Übernahme mit Hilfe seiner eigenen Mechanismen ausgenutzt werden kann. Mir ist eine Gesellschaft lieber, in der sich ein Gewaltmonopol bilden *könnte,* als eine Gesellschaft, in der es bereits eins *gibt*.

Freiheit, nicht Kapitalismus

Ich habe in diesem Buch für eine staatenlose Gesellschaft, in welcher der Markt die wichtigste Rolle spielt, argumentiert. Dies tat ich aus der Überzeugung, dieses System wäre die beste Methode, um Wohlstand mit Freiheit zu kombinieren. Allerdings muss ich eine Sache dennoch ganz deutlich klarstellen:

Das primäre Ziel ist nicht der Kapitalismus, sondern die Freiheit.

Zu dieser Freiheit gehört auch dazu, sich mit gleichgesinnten in eine Kommune zusammenzuschließen und diese sozialistisch oder kommunistisch organisieren zu dürfen, denn wie ich bereits erwähnt habe, ermöglicht der Anarchokapitalismus auch einen freien Markt der Ideen. Ich glaube, dass diese Systeme auf kleiner, dezentraler Ebene durchaus eine Überlebenschance haben. Ich bin zwar überzeugt, dass marktwirtschaftliche Strukturen langfristig erfolgreicher sein werden als kollektivistische Modelle, Doch der Punkt ist: Niemand wird daran gehindert, es anders zu versuchen. Das Ziel war von Anfang an das Abschaffen von ungerechtem Zwang. Eine sozialistische Gesellschaft, welche vollständig auf Freiwilligkeit basiert, ist somit legitim.

Damit mache ich auch ein Angebot an alle Anarchisten von allen Seiten des politischen Spektrums. Wir haben alle einen gemeinsamen Gegner und das gemeinsame Ziel der Freiheit, auch, wenn sich unsere Definition von Freiheit unterscheidet. Es ist in unserem

Interesse, diesen Unterschied beiseitezulegen, und gemeinsam dafür zu Kämpfen, den Staat abzuschaffen und eine Gesellschaft zu errichten, in welcher jedes erdenkliche System auf freiwilliger Basis existieren kann. Die Anarchokommunisten und Syndikalisten, welche eine vollständige Unterdrückung des Marktes anstreben, müssen einsehen, dass dies schlicht und einfach nicht großflächig möglich ist.

Eine zerstreute anarchistische Bewegung wird am Ende niemanden ins Ziel bringen. Mit gebündelter Kraft lässt sich dies ändern.

Es lebe die Freiheit.

Realpolitik

Die Notwendigkeit von Realismus

Auch wenn es schön ist, sich in theoretische Konzepte zu vertiefen und auch für diese zu kämpfen, ist es auch wichtig, den Bezug zur Realität nicht zu verlieren und sich mit den aktuellen Problemen auseinanderzusetzen.

So halte ich es zum Beispiel nicht für Sinnvoll, dogmatisch alles abzulehnen was im Geringsten mit dem Staat zu tun hat, etwa libertäre Parteien. Es sollte auch in unserem Interesse sein, den Staat klein zu halten, das Wachstum des Sozialismus einzuschränken und sich für eine libertäre Politik auf staatlicher Ebene auszusprechen. Mit Milei in Argentinien haben wir, trotz seinen kontroversen, gesehen, dass der politische Libertarismus noch lange nicht tot ist. Auch wenn es in Deutschland aussichtslos scheinen mag, eine ernsthafte libertäre Bewegung zu etablieren, sollten wir nicht aufgeben.

Auch ist es nicht unbedingt notwendig, zu allen geo- und staatspolitischen Ereignissen eine neutrale oder uninteressierte Meinung zu haben.

In diesem Kapitel werde ich deswegen einige meiner realpolitischen Ansichten teilen, darunter Meinungen über geopolitische Konflikte, meine Ablehnung von Konservatismus und weitere Themen.

Liberales Waffenrecht

Der Staat hat Waffen nicht zu deiner Sicherheit verboten. Er hat sie verboten, um die Bevölkerung zu Entwaffnen und sein Gewaltmonopol zu sichern. Das Recht, Waffen zu besitzen und zu tragen, ist kein Privileg, das der Staat nach Belieben verteilen oder entziehen darf. Es ist ein fundamentales Menschenrecht und die letzte Verteidigungslinie gegen Kriminelle und gegen einen tyrannischen Staat.

Die Idee, dass Waffenverbote die Gesellschaft sicherer machen, ist nicht nur naiv, sondern gefährlich. Der Staat behauptet, er wolle mit restriktiven Waffengesetzen Gewalt verhindern. Doch wer hält sich an solche Gesetze? Menschen, welche keine bösartigen Intentionen haben und sich an das Gesetz halten, werden entwaffnet. Ein Verbrecher hingegen ist per Definition jemand, der das Gesetz bricht. Er wird sich nicht plötzlich davon abschrecken lassen, dass der Waffenbesitz illegal ist. Stattdessen profitieren Verbrecher von einer entwaffneten Gesellschaft, weil ihre Opfer ihnen unterlegen sind.

Von 1991 bis 2019 hat sich die Anzahl der Gewaltkriminalität in den USA tatsächlich halbiert. Im selben Zeitraum hat sich die Anzahl der Waffen im privaten Besitz verdoppelt.[6] Die Anzahl von abgewehrten angriffen oder sogar das Stoppen von Massenmördern dank dieser Waffen ist enorm. Es ist sogar so, dass die Regionen mit strengen Waffengesetzen

[6] https://www.nraila.org/why-gun-control-doesn-t-work/

keine besseren oder sogar schlimmere Kriminalitätsraten haben. Chicago ist ein Beispiel: trotz strenger Waffengesetze sind Schießerei und Mordraten im Jahr 2020 um 50% angestiegen. Das Waffen-Kontrollierte Chicago gehörte zu den mörderischsten Städten des Landes. New York übertrifft das: New York City hat eines der strengsten Waffengesetze des gesamten Landes. Die Anzahl von Schießereien stieg ebenfalls 2020 um unglaubliche 95% an. Die Mordrate um 41%.[7]

Das Gegenmodell ist genauso eindeutig: Länder mit liberalem Waffenrecht sind nicht automatisch unsicherer. Im Gegenteil. Die Schweiz ist das perfekte Beispiel: Dort sind Waffen weit verbreitet, doch die Kriminalitätsrate ist niedrig. Potenzielle Täter sind sich bewusst, dass sie nicht einfach irgendjemanden überfallen können, ohne sich selbst in potenzielle Lebensgefahr zu begeben.

Das liberale Waffenrecht dient nicht nur dem Schutz vor alltäglicher Kriminalität, sondern auch als Sicherheitsnetz gegen einen übergriffigen Staat. Geschichte zeigt immer wieder, dass totalitäre Regime mit der Entwaffnung der Bevölkerung beginnen: Sowjetunion, Nazi-Deutschland, Mao Zedong-China. in all diesen Systemen wurden die Bürger systematisch entwaffnet, bevor die schlimmsten Verbrechen des 20. Jahrhunderts begangen wurden. Die Gründerväter der USA haben das Recht auf Waffenbesitz nicht aus Vergnügen in die Verfassung geschrieben, sondern, weil sie wussten, dass eine bewaffnete Bevölkerung die beste Versicherung gegen Tyrannei ist.

Auch ist das liberale Waffenrecht eine sinnvolle Alternative zu staatlicher Sklaverei, auch „Wehrpflicht“ genannt, denn eine bewaffnete Bevölkerung ist schwieriger einzunehmen und in Schach zu halten.

Der Nahostkonflikt

Als ich noch ein frischer Anarchist war, war ich Zionist. Dies wirkt berechtigterweise widersprüchlich. Begründet habe ich diese Ansicht damit, dass Israel das geringere Übel sei. Auch wenn ich das immer noch so sehe, lehne ich nun auch den Staat Israel sowie interventionistische Außenpolitik auf Kosten des Steuerzahlers ab. Dies wird mich jedoch nicht daran hindern, die Problematik der „Free Palestine“ blase aufzuzeigen.

Wenn jemand Freiheit für Palästina fordert, meint er in der Regel, dass ein Palästinensischer Staat in der Region errichtet werden soll. Der Staat Palästina hätte ein „Recht“ zu existieren, das palästinensische Volk ein „Recht“ auf „Selbstbestimmung“. Was diese Menschen übersehen, oder aufgrund ihrer kollektivistischen Einstellung ganz bewusst ignorieren, ist, dass Menschen in einem palästinensischen Staat alles andere als Frei wären.

Warum wollen diese Leute einen fundamentalistischen Staat, welcher auf Islamismus und somit extremen Konservatismus, Homophobie, Frauenfeindlichkeit etc. basiert?

[7] https://www.nraila.org/why-gun-control-doesn-t-work/

Warum stellen diese Leute die „Selbstbestimmung des Volkes“ über die tatsächliche Freiheit des Individuums? Für mich ist die Sache klar: wer „Freiheit“ fordert, muss diesen palästinensischen Staat ablehnen. Objektiv gesehen ist der Palästinenser in Israel freier als in Palästina. Doch darum geht es diesen Leuten nicht: Sie sind so fokussiert darauf, den Staat Israel aufgrund seiner Allianz mit dem Westen und vermeintlichen Völkermord zu hassen, dass sie den gesamten Konflikt nur noch in Schwarz-Weiß sehen und sich aus Prinzip auf die Seite Palästinas stellen. Es ist immer wieder eine abstruse Beobachtung, wie Linke, welche den Patriotismus und Konservatismus eigentlich stark ablehnen, plötzlich zu Ultranationalisten für Palästina werden, mit der zugehörigen nationalistischen Symbolik und allem Drum und Dran. Wenn es ihnen wirklich um Freiheit ginge, müssten sie erkennen, dass der Name eines Staates irrelevant ist. Entscheidend ist allein, ob er individuelle Freiheiten wahrt oder einschränkt. Ich bin natürlich der Meinung, dass auch der Staat Israel eine Einschränkung der Freiheit darstellt, allein aufgrund der Tatsache, dass es sich um einen Staat handelt. Israel hat kein „Existenzrecht“, genauso wenig wie Palästina, genauso wenig wie Deutschland.

Aus diesem Grund fordere ich nicht Freiheit für Palästina, sondern Freiheit für jedes einzelne Individuum in dieser Region, völlig egal, ob die Freiheitseinschränkung von Israel, der Hamas oder den Palästinensischen Autonomiegebieten ausgeht.

Wie viele Geschlechter gibt es?

Bei dieser Frage muss man einige verschiedene Aspekte berücksichtigen. Zuerst der biologische Standpunkt: entweder man hat ein männliches Geschlechtsteil oder nicht. Aus biologischer Sicht wird das Geschlecht durch Chromosomen, Hormone und primäre sowie sekundäre Geschlechtsmerkmale bestimmt. In den meisten Fällen ergibt sich daraus eine eindeutige Einteilung in männlich oder weiblich. Biologisch gesehen gibt es absolut gar nichts, was einen non-binären Menschen, welcher als Mann auf die Welt kam, von einem Mann unterscheidet. Alle Unregelmäßigkeiten (Intergeschlecht) entstehen durch seltene biologische Variationen, ähnlich wie andere genetische Anomalien, etwa Menschen mit drei Armen. Dennoch bleibt die Zweigeschlechtlichkeit der Regelfall. Diese Tatsachen abzulehnen ist eine Leugnung wissenschaftlicher Fakten.

Es kommt jetzt aber der zweite Aspekt dazu: Geschlechtsidentität. Viele in der LGBTQ Bewegung haben dies auch schon eingesehen und Trennen „Sex“ von „Gender“. Die Geschlechtsidentität ist nicht, was man ist, sondern wie man sich fühlt. Viele tragen ihre Gefühlslage auch in Form ihres Aussehens nach außen, was vollkommen legitim ist. Es gibt jedoch viele, die auch das als unnatürlich und gestört betrachten. Ich habe dazu folgendes Gedankenexperiment:

Mal angenommen, Wissenschaftler schaffen es, eine kleine intelligente Zivilisation in einem großen Glas zu erschaffen. Diese Zivilisation hat auch 2 biologische Geschlechter, Sprache und Politik, wie Menschen. Nach einer Zeit fangen diese Lebewesen an, sich Geschlechterrollen außerhalb des binären Systems zuzuordnen. Die Wissenschaftler, die

dies beobachten, würden dieses Verhalten nicht als „Fehler“ betrachten, sondern als eine soziale Entwicklung innerhalb dieser Spezies. Warum sollten wir es also bei uns anders bewerten? Wieso glauben wir, Geschlechtsidentitäten seien unnormal, wenn es keine intelligente Zivilisation gibt, mit der wir uns vergleichen können? Es gibt nichts, was darauf hindeutet, solche Geschlechtsidentitäten seien eine Anomalie. Solange das so ist, wäre es die pragmatische Lösung, sie als normalen Bestandteil intelligenter, moderner Zivilisationen anzuerkennen. Hinzu kommt natürlich, dass ich als libertärer es selbstverständlich ablehne, Menschen ihr Recht, sich als Non-binär oder was auch sonst zu bezeichnen, abzusprechen. Das bedeutet aber auch, dass niemand gezwungen werden kann, die Geschlechtsidentität anderer anzuerkennen, genauso wenig, wie jemandem das Recht genommen werden sollte, sich selbst zu definieren.

Abtreibung und Libertarismus

Javier Milei, der libertäre Präsident Argentiniens, hat Abtreibungen verboten. Das erscheint auf den ersten Blick widersprüchlich, ist aber mit dem libertären Nichtaggressionsprinzip begründbar: Das Abtreiben beendet bzw. verhindert das Leben eines Kindes und ist somit eine Aggression diesem Kind gegenüber. Ist das Verbot jedoch nicht auch ein Eingriff in die körperliche Selbstbestimmung der Frau, und somit ebenfalls ein Verstoß gegen die libertäre Philosophie?

Damit kommen wir wieder zu dieser jahrzehntealten Debatte.

Der libertäre Ökonom Murray Rothbard hat einen Ansatz zur Abtreibung, welchen ich teile. Der Körper der Frau ist, wie wir im ersten Kapitel besprochen haben, ihr Eigentum. Daraus folgt, dass sie die alleinige Entscheidungsgewalt darüber hat, was mit ihm geschieht. Darauf folgt häufig das Argument, der Fötus sei sein eigener Körper und nicht Teil der Mutter. Doch tatsächlich spielt das keine so große Rolle:

Der Fötus ist, solange er sich gegen den Willen der Mutter im Mutterleib befindet, ein „Eindringling“ in ihrem Körper. Das mag sich morbide anhören, ist jedoch nicht abwertend gemeint, sondern Teil einer strikt logischen Analyse: Genau wie bei einem Einbrecher, der gegen deinen Willen dein Grundstück betritt, hättest du das Recht, ihn zu vertreiben.

Zudem argumentiert Rothbard, dass der Fötus in diesem Stadium noch kein eigenständiges Individuum mit Selbsteigentum ist, da er vollständig vom Körper der Mutter abhängig ist. Er besitzt somit keine Rechte im libertären Sinne, die mit den Rechten der Mutter konkurrieren könnten.

Ist der Fötus also ein Teil des Körpers der Mutter, darf diese Über ihn entscheiden. Ist er nicht Teil ihres Körpers, ist er ein unerwünschter Eindringling, welcher entfernt werden darf.

Kommt es zu einem Verbot von Abtreibung, finde ich die Einschränkungen der Rechte der Frau deutlich schwerwiegender und bedeutender als die des Fötus.

Fremdenfeindlichkeit im Libertarismus

Auch ein Libertärer kann konservativ sein. Der bedeutende Unterschied ist, dass sie ihren Konservatismus niemandem aufzwingen können: es ist lediglich ihre persönliche Meinung, zu welcher sie auch jedes Recht haben. Allerdings gibt es immer wieder Libertäre, insbesondere die treuen Anhänger von Hans-Hermann Hoppe, welche offenkundig fremdenfeindliche Ansichten vertreten und diese auch durchsetzen wollen würden. Ich werde meine Gedanken dazu einmal im Kontext des Anarchokapitalismus und einmal im Kontext der realpolitischen Situation, in welcher es einen Staat gibt, teilen.

Ich glaube, dass der Libertarismus im Kern eine politische Bewegung ist, welche Tolerant zu sein hat, insbesondere, solange es einen Staat gibt, da staatliche Unterdrückung gegen Minderheiten unsere wichtigsten Prinzipien verletzen würde. So erwarte ich auch vom konservativsten Hoppeaner, sich gegen vom Staat ausgegangene Diskriminierung auszusprechen.

Es ist jedoch richtig, dass im Anarchokapitalismus jeder ein Recht auf seine Meinung hat, und damit auch ein Recht, privat zu diskriminieren. Sei es ein eintrittsverbot in private Geschäfte, da jeder das Recht hat zu bestimmen, wer sein Grundstück betreten darf, oder einfach eine generell offenkundig abwertende Meinung, solange keine Gewalt involviert ist. Es könnten sich auch Kommunen aus gleichgesinnten bilden, welche bestimmte Menschengruppen nicht in ihrer Kommune akzeptieren.

Erst einmal wäre es für keinen Betrieb schlau, eine ganze Gruppe an potenziellen Kunden kategorisch auszuschließen. Daher würden sich solche Vorkommnisse begrenzt halten, könnten aber dennoch in Gemeinden auftreten, wo solche Ansichten verbreitet sind. Bei großen Unternehmen wäre sowas aber so gut wie ausgeschlossen. Auch wenn private Diskriminierung, solange keine Gewalt involviert ist, nicht gegen die Prinzipien des Libertarismus verstößt, bedeutet das nicht, dass wir dies gesellschaftlich akzeptieren müssen. Genauso wie sich konservative Kommunen bilden würden, würden sich auch Progressive und akzeptierende bilden. Das ist auch insgesamt die schlauere Vorgehensweise, da man ein Interesse daran hat, Einwohner anzulocken. Innerhalb dieser Kommunen würde Rassismus, Homophobie etc. sozial geächtet werden, was ich für richtig halte. Aber genauso wie wir ein Recht auf eine akzeptierende Kommune haben, haben andere ein Recht auf eine Kommune, bei der sie ganz besonders darauf achten, wer einziehen darf, und dieses Recht sollte man ihnen auch nicht nehmen.

Abschließende Worte

Dieses Buch ist eine überarbeitete Version meines Originalbuches, *Staatshass ist Bürgerpflicht: ThatGuy's Manifest*. Wenn ich „überarbeitet" sage, dann meine ich, dass ich fast jedes Kapitel von Grund auf neu geschrieben habe.

Als ich mein erstes Buch schrieb, war ich in dem Thema noch sehr ungebildet. Ich hatte keinen einzigen libertären Text richtig gelesen. Dennoch habe ich mich für das Thema begeistert, und ich hatte Lust, meine politischen Gedanken einfach niederzuschreiben. Ich verwendete in meinem Buch Halbwissen, welches ich aus Konversationen mit anderen Anarchokapitalisten entnahm, eigene Schlüsse, welche zum Teil nicht gut genug durchdacht waren, und manchmal auch stumpfes raten, weil es mir am sinnvollsten erschien. Des Weiteren wurde ich vor allem gegen Ende des Buches unnötig emotional und polemisch, teils sogar mit Beleidigungen. Zum Beispiel habe ich am Ende des Buches Polizisten, welche freiwillig für autoritäre Regime arbeiten, als „Dumme Hurensöhne" (Zitat ende) bezeichnet. Das Buch war weder seriös, noch hatte es die Fähigkeit, irgendjemanden nur ansatzweise zu überzeugen. Je mehr ich mich gebildet habe und je länger ich dieses Buch ganz oben auf meinem Twitter Profil bewarb, desto peinlicher wurde es mir. Ich hätte es auch einfach löschen und mich davon distanzieren können, jedoch hätte es zu sehr an meinem Ego gekratzt, dieses dunkle Kapitel meines politischen Lebens einfach so stehen zu lassen, und ich entschied mich, das Buch stattdessen zu verbessern.

Es ist nicht auszuschließen, dass ich mich auch für dieses Buch eines Tages schämen werde. Sollte es so kommen, sehen wir uns bei *Staatshass ist Bürgerpflicht*++ wieder.

Ich habe in diesem Buch Naturrechte benutzt, um den Anarchokapitalismus zu begründen. Ich möchte deswegen darauf hinweisen, dass es auch Libertäre gibt, welche nicht an Naturrechte glauben. Stattdessen gestehen sie Menschen das Recht auf Selbst- und Privateigentum zu, einfach weil sie es für den besten Weg zu einer besseren Gesellschaft halten. Das Ziel sowie die meisten Ansichten bleiben größtenteils gleich, die Motivation spielt am Ende des Tages nur eine philosophische Rolle.

Letztlich möchte ich mich persönlich bei jedem Bedanken, der dieses Buch liest, wenn auch nicht vollständig. Ich nehme Kritik sehr gerne und bitte sogar darum.

Wer nicht genug bekommen kann, darf mir auf X (ehemals Twitter) folgen: @GGGamerLP_

Und sollte die Bücher lesen, welche ich hier drunter empfehle. Es lebe die Freiheit!

Anatomy of the State – Murray Rothbard
For a new Liberty – Murray Rothbard
The Ethics of Liberty – Murray Rothbard
Chaos Theory – Robert P. Murphy
New Libertarian Manifesto – Samuel Edward konkin III